

Die Denunziation

Alle Zitate der folgenden Lesung sind aus Originalquellen entnommen. Wir danken dem Archiv der Stadt Ahrensburg, dem Staatsarchiv Hamburg, dem Arbeitskreis „Stolpersteine“ in Ahrensburg und dem Zeitzeugenkreis von Frau Petter für die Unterstützung bei unserer Recherche.

Am 23. September 1935 machte der angesehene Ahrensburger Arzt Dr. Hugo Rath einen Krankenbesuch in der Nachbarschaft. In einer Villa in der Manhagener Allee 21, also keine fünf Minuten von der Waldstraße entfernt, wohnte damals der Richter Otto von Barga mit seiner Familie.

Die von Bargas waren Nationalsozialisten. Otto von Barga trat bereits am 1. Mai 1933 in die NSDAP ein, seine Frau, Hertha von Barga, war in Ahrensburg Mitglied der NS-Frauenschaft. Dr. Rath war seit 15 Jahren Hausarzt dieser Familie. Die von Bargas wussten, dass Dr. Rath mit einer Jüdin verheiratet war.

Zum Zeitpunkt des Krankenbesuches waren Hertha von Barga und ihre Tochter zu Hause. Während des Besuches kam es zu einem Streit über die judenfeindliche Politik der Nationalsozialisten.

Dr. Rath schilderte den Vorfall später so: *„Anlässlich eines ärztlichen Besuches sagte mir Frau von Barga am Ende der ... Unterhaltung, dass ich abgespannt und müde aussähe. Ich bestätigte dies und sagte, ich wollte nach Glotterbad [einem Kurort im Schwarzwald] gehen mit meiner Frau, was ich aber leider nicht könne, da ihr sicherlich erhebliche Schwierigkeiten als Jüdin erwachsen würden. Deshalb hätte ich mich entschlossen, mit meiner Frau nach Karlsbad [damals Tschechoslowakei] zu reisen... Nach dieser kurzen, für mich abschließenden Bemerkung setzte Frau v. B. die Unterhaltung über diesen Punkt fort, indem sie sagte, das Judengesetz sei doch keineswegs persönlich, sondern beträfe alle, was ich allerdings in diesem Zusammenhang nicht verstehen konnte. Daraufhin sagte ich ihr, dass doch leider Übergriffe gegen Juden vorkämen und dass es doch Leute gäbe, die mit sadistischer Freude Juden quälten.“¹*

Von diesem Vorfall berichteten Frau und Tochter ihrem Mann und Vater Otto von Barga. Dieser war nur sechs Tage zuvor von einer Reise zum Reichsparteitag nach Nürnberg zurückgekehrt. 1935 wurden auf diesem Reichsparteitag die sogenannten „Nürnberger Rassegesetze“ beschlossen. Durch diese Gesetze wurden Juden zu Bürgern zweiter Klasse degradiert, sie durften unter anderem keine „Arier“ mehr heiraten, keine Universitäten mehr besuchen und verloren das Stimmrecht. Die Ausübung zahlreicher Berufe waren ihnen von nun an verboten.

Fanatisiert durch das Erlebnis des Reichsparteitages machte sich von Barga in den nächsten Wochen und Monaten die Verfolgung Hugo Raths zu seiner Aufgabe. Er verfasste zahlreiche Briefe und Stellungnahmen und entwickelte dabei einen fast missionarischen Eifer.

In einem ersten Schritt wies er ein Angebot Dr. Raths zu einem klärenden persönlichen Gespräch zurück und forderte eine schriftliche Stellungnahme zu dem Vorfall, die er auch erhielt. In seiner Antwort hebt er das private Gespräch auf eine politische Ebene:

„Mit Redensarten und Vertuschungen, wie Sie sie in Ihrem gestrigen Briefe versuchen: 'Es hat den Anschein, als ob Ihre Frau Gemahlin unter dem Eindruck stand, dass ich irgendwie herabsetzend gesprochen hätte. Ich erkläre ausdrücklich, dass es mir vollkommen ferngelegen

¹ Zitiert aus dem Briefwechsel zur Denunziation Rath im Stadtarchiv Ahrensburg (AHB), Dokument 111 vom 30.09.1935

hat und bedaure, dass der Eindruck entstehen konnte“², ist es nicht getan. Wir leben nicht in einem liberalistischen Staate unechter Erklärungen, sondern in einem nationalsozialistischen Reiche echten Gefühls. Entweder Sie gehen in sich, bejahen die Maßnahmen unserer Regierung und tragen als Mann die Folgen der selbstgewollten Handlungen Ihres Lebens, oder der Kampf beginnt.“²

Eine Kopie dieser Antwort sandte von Barga an den Bürgermeister und Ortsgruppenleiter der Ahrensburger NSDAP, Heinrich Scheele. In einem Begleitschreiben machte er Scheele bereits am 27. September – vier Tage nach dem Vorfall - Vorschläge zum Vorgehen gegen Dr. Rath:

„Der strafrechtliche Gehalt des Falles ist zu gering, als dass sich eine Verfolgung rechtfertigen ließe. Auch K.Z. kommt meines Erachtens vorläufig nicht in Frage, zumal es kleinere und doch viel sicherere Mittel gibt. Ich gebe für die weitere Behandlung folgende Anregungen:

1. *Ich bitte, Dr. Rath sofort seinen Auslandspass abzunehmen. Er will in diesen Tagen nach Karlsbad fahren 'um wieder Zeitungen lesen zu können'. Ich halte es für Deutschland für zu gefährlich, einen Mann, welcher derartig gegen unsere Regierung eingestellt ist, jetzt ins Ausland zu lassen. ...*
2. *Es ist meines Erachtens dringend erforderlich, dass der Inhalt meines Schreibens in Ahrensburg in allen Kreisen bekannt wird. Ich bitte daher, allen politischen Leitern und allen Gliederungen, besonders auch der Frauenschaft, Durchschläge zur Verfügung zu stellen. Es liegen hier genügend Durchschläge bei. Die Kenntnis meines Schreibens ist gerade in Ahrensburg besonders notwendig, um neue Klatschereien zu verhindern. ...*
3. *Ich bitte, auch dem Stahlhelm [Organisation ehemaliger Frontsoldaten aus dem Ersten Weltkrieg] einen Durchschlag mit einigen passenden Worten zu übermitteln, denn Herr Dr. Rath ist Mitglied.*
4. *Ob aufgrund dieses Einzelfalles schon erwogen werden muss, Dr. Rath die Krankenkassen[patienten] zu nehmen, lasse ich als Beteiligter dahingestellt. Wenn noch andere Fälle hinzukommen, würden die zuständigen Stellen wohl kaum vermeiden können, zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Im übrigen scheint es mir außerordentlich wichtig zu sein, dass die politischen Leiter in ihren Zellen und Blocks die Ohren spitzen. Die politischen Leiter werden dann leicht erfahren können, wie Dr. Rath sich künftig zu unserer Regierung stellt.“³*

Mit diesen Maßnahmen zielte von Barga darauf, den Ruf der Raths zu zerstören. Er wollte ihre völlige gesellschaftliche Isolation, darüber hinaus auch eine politische Überwachung und Bespitzelung. Weiterhin brachte er mit der Frage, ob Dr. Rath die Krankenkassenpatienten entzogen werden müssen, auch eine Maßnahme ins Spiel, welche die berufliche Existenz des Arztes möglicherweise ruiniert hätte.

Auf die nun öffentlich gemachten Anschuldigungen reagierte Dr. Rath am 30. September mit einer Stellungnahme an den Bürgermeister. Er betont darin, dass es sich um ein privates Gespräch gehandelt habe und erklärt, es sei Frau von Barga gewesen, die diese Unterhaltung *„mit immer neuen Bemerkungen über meine Gehässigkeit fortsetzte...“⁴*

Einen Tag später wurden die Reisepässe der Raths eingezogen. Zwei Tage später, am 1. Oktober 1935, gab der Kreisleiter der NSDAP eine Kopie der „Kampfansage“ Otto von Barga an die Polizei weiter.

Diese Anklage hatte zur Folge, dass in Ahrensburg nach Zeugen gegen Dr. Rath gesucht wurde.

² Stadtarchiv AHB, Dokument 110

³ Stadtarchiv AHB, Dokument 157

⁴ Stadtarchiv AHB, Dokument 111

In den Akten findet sich eine Ende Oktober datierte Aussage, nach der Dr. Rath sich bei anderer Gelegenheit kritisch über Maßnahmen gegen Juden geäußert habe und die Auswanderung prominenter Juden bedauert habe. Dort wird Dr. Rath auch verdächtigt, bei den Empfehlungen zur Kinderlandverschickung NSDAP-Familien zu benachteiligen.⁵

Am 7. Oktober verfasste Otto von Bargen ein weiteres Schreiben an den Ahrensburger Bürgermeister. Darin reagierte er auf den Brief Dr. Rath's an den Bürgermeister, dessen Inhalt ihm inzwischen bekannt gemacht wurde:

*„Dr. Rath hat in seinem Schreiben an Sie den Kampf gleich mit den jüdischen Kampfmitteln der Lüge und Verleumdung begonnen. Er glaubt also anscheinend, auf Grund des Reichtums seiner Frau und der ihnen dadurch auch heute noch von manchen Ahrensburger Kreisen zugebilligten gesellschaftlichen Vormachtstellung jede Verleumdung gegen die Regierung und dann weiter jede Lüge gegen deutsche Frauen und Mädchen ungestraft wagen zu können. Hierdurch wird diese Sache zur Parteisache...“*⁶

Diesem Brief ist eine Gegendarstellung beigelegt, die von Hertha von Bargen und ihrer Tochter unterzeichnet wurde. Darin sagen die beiden aus, Dr. Rath habe behauptet: *„Hier werden die Juden auf der Straße totgeschlagen“*⁷ und *„drei habe ich selbst mitbeerdigt.“*⁸ Frau von Bargen gibt an, geantwortet zu haben: *„Herr Dr. Rath, ich habe mich zu Adolf Hitler bekannt, ich kann und darf diese Reden nicht mehr mit anhören ... Wenn ich das angebe, was Sie hier alles reden, sind Sie morgen im K.Z.“*⁹

Vier Tage später, am 11. Oktober, erläuterte Otto von Bargen seine Anklagen durch ein drittes Schreiben an den Bürgermeister:

*„Dr. Rath beruft sich [in seiner Gegendarstellung] darauf, er sei ein Deutscher. Er sagt, er könne seine arische Abstammung bis 1600 nachweisen. Dies mag sein, hat mit dieser Sache aber nichts zu tun: Denn er hat hier meines Erachtens restlos bewiesen, dass er ein vollkommen verjudeter Deutscher ist.“*¹⁰

Mit Bezug auf die Rassenideologie der Nationalsozialisten hebt er hervor:

*„Frau Dr. Rath ist keine einfache Jüdin, sie ist auch keine einfache reiche Jüdin, sondern sie stammt aus der reichen, international jüdischen Bankenwelt, dem Bankhaus Tillmann. ... Inhaber ist der Bruder von Frau Dr. Rath, dieser verheiratet mit einer amerikanischen Jüdin. Der Bruder ist jetzt mit der Firma ins Ausland ausgewandert. Dr. Rath weiß, dass Deutschland einen Kampf auf Leben und Tod gegen den jüdischen Weltboykott kämpft...“*¹¹

Gegen die angeblichen Lügen und Verleumdungen des Dr. Rath bittet von Bargen den Bürgermeister um Schutz. Er dringt zudem darauf, dass nun vor dem Altonaer Sondergericht ein formelles Strafverfahren gegen Dr. Rath eröffnet werden müsse.¹²

Der Bürgermeister gab die Stellungnahmen Otto von Bargens gegen Dr. Rath pflichtgemäß an die Kreisleitung der NSDAP und an den Landrat des Kreises Stormarn weiter. Am 17. Oktober sandte der Landrat des Kreises Stormarn, Dr. Bock von Wülffingen, den gesamten Vorgang an den Oberstaatsanwalt des Sondergerichtes in Hamburg-Altona und empfahl eine Strafverfolgung

5 Vgl. Stadtarchiv AHB, Dokument 117

6 Stadtarchiv AHB, Dokument 160

7 Stadtarchiv AHB, Dokument 167

8 Ebd.

9 Ebd.

10 Stadtarchiv AHB, Dokument 162

11 Stadtarchiv AHB, Dokument 162

12 Stadtarchiv AHB, Dokument 163

„auf Grund des Gesetzes gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei.“¹³

Akten im Hamburger Staatsarchiv zeigen, dass dieses Strafverfahren tatsächlich eröffnet wurde. Sie zeigen aber auch, dass die Familie von Barga in der Folgezeit in Ahrensburg unter großen Druck geraten sein muss und dass es Menschen gab, die versuchten, Dr. Rath zu schützen. Der Richter schreibt 1938 rückblickend:

„Ich fühlte mich in dieser Sache vom Staatsanwalt in Altona und vom Ortsgruppenleiter in Ahrensburg nicht ausreichend gedeckt. ... Ich gewann ... das Gefühl, dass [der] Ortsgruppenleiter [sich] nicht für den Widerstand gegen die Falschbeeinflussung des einflussreichen Dr. Rath und seiner einflussreichen Freunde einsetzen wollte.“¹⁴

Otto von Barga gab im Laufe des Jahres 1936 seine Tätigkeit als Blockleiter der NSDAP auf, nachdem man ihn wegen angeblicher Veruntreuung von Hilfsmarken für rationierte Waren täglichen Bedarfs angezeigt hatte. Er selbst schrieb:

„Mein Ausscheiden war bedingt durch die Entwicklung des Ermittlungsverfahrens vor dem Sondergericht in Altona gegen den Arzt Dr. Rath in Ahrensburg.“¹⁵ Nach eigener Aussage bot von Barga seine Villa in der Manhagener Allee zum Verkauf an und zog mit seiner Familie nach Hamburg um. 1937 und 1938 musste er sich dort gegen Gerüchte wehren, er habe eine jüdische Großmutter, und er sei politisch möglicherweise unzuverlässig.¹⁶ Gegen diese Vorwürfe konnte sich von Barga behaupten.

Wer die einflussreichen Unterstützer Dr. Raths waren, erfahren wir aus diesen Quellen nicht. Wir kennen auch das Ergebnis des Strafverfahrens nicht und wissen nicht, was sich in den Folgemonaten in der Ahrensburger Öffentlichkeit abspielte. Wie viel Ausgrenzung gab es? Wie viel aktive Solidarität mit der sozial engagierten und ehemals gesellschaftlich angesehenen Familie? Wie viel Neid und üble Nachrede? Obwohl es in Ahrensburg Unterstützer der Familie Rath gab, muss der durch das Ermittlungsverfahren und die öffentliche Denunziation ausgelöste politische Druck auf die Familie gestiegen sein. Veronika Rath entzog sich diesem für sie unerträglich gewordenen Druck am 27. August 1938 für immer. Weil sie die Jüdin in der Familie war, machte sie sich verantwortlich für deren Schwierigkeiten. Um ihrem Mann und ihren Kindern bessere Zukunftschancen zu ermöglichen, nahm sie sich mit 55 Jahren in ihrer Wohnung in der Waldstr. 8 das Leben.

Otto von Barga fühlte sich mit seiner Anklage gegen die Raths bis zum Ende im Recht. 1938 reflektiert er rückblickend: *„Als ich mich mit diesen Dingen jetzt wieder beschäftigte, wünschte ich den alten Kampf noch einmal aufnehmen zu können. Dies ist jetzt aber unmöglich geworden, denn, wie ich vor einigen Tagen hörte, hat sich Frau Dr. Rath vor kurzen Wochen wegen der Entwicklung der Judenfrage in Deutschland das Leben genommen.“¹⁷*

13 Stadtarchiv AHB, Dokument 118

14 Staatsarchiv Hamburg 241-2, Personalakten Justizverwaltung Nr. A1964, Barga, Otto Carl von, vertrauliches Dokument aus dem Jahr 1938 über eine Untersuchung wegen angeblicher politischer Unzuverlässigkeit, darin Stellungnahme Otto von Bargas

15 Ebd.

16 Ebd. und Staatsarchiv HH, Akten des Landgerichts Hamburg 9. St. 812/33 Iib 3835/33 kl. St. II776/33, darin Dokument vom 22.7.1937

17 Staatsarchiv Hamburg 241-2, vertrauliches Dokument aus dem Jahr 1938, darin Stellungnahme Otto von Bargas